



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Oktober 08

Einladungen

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bezirksvorstand lädt euch zu unseren nächsten bezirksweiten Parteitreffen ein. Diesmal wollten wir besonders darauf Rücksicht nehmen, dass die Komplexität der anstehenden Themen in der uns verbleibenden Zeit oft nicht ausreichend behandelt werden kann. Deshalb schlagen wir euch zu den beiden anstehenden Inhalten jeweils ein zeitnahes Folgetreffen vor.

Zunächst einmal die Terminvorschläge:

Mittwoch, 05.11.2008 19.00 Uhr

Bezirksmitgliedertreffen im Gemeinschaftsraum „Drachenbau“ Schmilinskystr. 6a

Tagesordnungsvorschlag:

1. Vorstellung der Initiative „Peng! Aktive Erwerbslose und Geringverdiener“

Wir haben einen Referenten von der AG Arbeit und Armut angefragt und hoffen, dass unser Sozialpolitischer Sprecher der Bürgerchaftsfraktion Wolfgang Joithe zusagen kann. Das wäre auch deshalb besonders attraktiv, weil Wolfgang uns dann nicht nur von den Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft berichten, sondern auch ein paar Einblicke aus seiner Tätigkeit in der Bürgerschaft geben könnte.

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe:
Freitag, 07.11.2008

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch Bilder von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau Tilman.Rosenau@tele2.de

Bernhard: stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

2. Vorstellung des Leittragsentwurfs der Kommission des Landesvorstandes zum Landesparteitag, der am 29. und 30. 11.2008 stattfindet. Wir konnten dafür unser Landesvorstandsmitglied Berno Schuckart als Referenten gewinnen. Es soll den Mitgliedern der Partei in Hamburg für die nächsten Monate eine richtungweisende Vorgabe für die zentralen politischen Aufgaben vorgelegt werden, die diesmal auch tatsächlich rechtzeitig in allen Gliederungen diskutiert werden kann. Die sich durch das erstmalige Vertreten sein einer (wirklichen) Linken in der Bürgerschaft seit über sechzig Jahren veränderte Situation in der hamburger Politiklandschaft hat uns neue Möglichkeiten und Herausforderungen geschaffen. Diese gilt es so zu analysieren und zu interpretieren, dass sich Fraktionen der Partei, Aktive, Mitglieder und Wähler in dem zu verabschiedenden Leittrag wiederfinden, und eine Orientierung für ein möglichst erfolgreiches gemeinsames Agieren geschaffen wird.

Am **Mittwoch den 12.11.2008 ab 18.00 Uhr** findet das erste Folgetreffen in den Räumlichkeiten der Bezirksfraktion – Borgfelder Str. 83 statt.

(weiter S. 2)

Inhalt

Einladung Mitgliedertreffen	S. 1
Diskussion zum LPT	S. 2
ESfA: Mitte nicht kampagnenfähig	S. 3
Replik auf Volker/Anmerkung	S. 4
Beschluss/Antrag zu Tafeln	S. 5
Leserbrief Erich Heeder	S. 5
Wohnungssuche Corinna Meyer-S.	S. 6
Rundgänge in Mitte	S. 6
Termine/Kontakt ...	S. 7
Beschlossene Fassung unserer Mustergeschäftsordnung	S. 9

Diese parteiöffentliche Veranstaltung dient vor allem den Delegierten unseres Bezirks zur Vorbereitung des Landesparteitages, auf dem die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Anträge diskutiert werden sollen und ggf. Änderungsanträge beschlossen werden sollen. Natürlich kann auch jedes Mitglied, jede Basisgruppe oder Interessengruppen Anträge auf dieser Delegiertenberatung einreichen, die dann auch behandelt werden müssen.

Am **Freitag den 14.11. ab 18.00 Uhr** findet ebenfalls in der Borgfelder Str. 83 das zweite

Folgetreffen statt. Hier würden wir uns freuen alle diejenigen Mitglieder und Interessierten in unserem Bezirk begrüßen zu können, die selber von Hartz IV betroffen sind, oder aber sich in diesem Themenschwerpunktgebiet der Partei engagieren wollen. Ziel ist es konkrete Maßnahmen im Bezirk zu verabreden, wie man vor Ort gegen die unmenschliche Politik gegenüber den Betroffenen vorgehen kann.

Für den Bezirksvorstand: Tilman Rosenau

Diskussionsbeitrag vom Bezirksvorstandsmitglied Tilman Rosenau zum Thema Leitantrag zum Landesparteitag

Aus der Opposition heraus regieren oder wie treiben wir die anderen Parteien vor uns her?

„Die gesetzgebende Gewalt macht das Gesetz nicht, sie entdeckt und formuliert es nur.“
(Marx)

„Entscheidend ist nicht,“, wie Manfred Sohn, einer der beiden Fraktionsvorsitzenden im niedersächsischen Landtag zur Bilanz der ersten sechs Monate der Fraktion schrieb, „was im Parlament entscheidend ist, entscheidend ist, was in den Betrieben, den Dienststellen, den Schulen und Hochschulen und von dort ausgehend auf den Straßen und Plätzen geschieht.“

Zum einen wird die parlamentarische Arbeit überschätzt und zugleich die außerparlamentarischen Möglichkeiten unterschätzt. Weiter schreibt Sohn: „Es gibt eine Art von Opposition, in der der größte Teil der Zeit und Kraft sowohl ihrer Parlamentarier als auch ihrer Mitarbeiter darauf verwendet wird, detaillierte Gesetzesentwürfe auszuarbeiten – als seien sie eine Regierung im Wartestand. Das ist dummes Zeug und Zeitverschwendung. Wer so handelt, begeht ein Verbrechen gegen die begrenzten Ressourcen jeder politischen Kraft.“ Schlussfolgernd aus den Erfahrungen in Niedersachsen will Sohn die noch mal zur Wahl gegangenen politikverdrossenen Zuschauer, die diesmal ihr Kreuzchen bei den Linken gemacht haben, dazu bewegen, sich mit unserer Partei für eine nach links schielende Mitmachdemokratie zu bewegen; d.h. unsere Wähler dazu zu bewegen sich aktiv an den politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen.

Dieser kleine Anspruch ist ein realistischer Ansatz die bisherigen Erfolge zu stabilisieren und auf ihnen weitere aufzubauen. Es bedarf eine Koordinierung von Parteigremien, Frakti-

onen und außerparlamentarischer Bewegungen. Zu argumentieren, wie es einige in unserer Partei tun, es gäbe keine solchen Bewegungen, ist falsch. Sie sind nur sehr isoliert und klein an Aktiven. Ihre Zahl an sich ist aber groß, und bei weitem von der Partei nicht erfasst.

Die Schlussfolgerung derjenigen, die sich ohne gesellschaftlich fortschrittlicher Bewegung wännen, ist überdies fatal: die schwerpunktmäßige Bündnisarbeit auf die Kontaktaufnahme zu Verbänden und Vereinen. Dies ist der erste Schritt zu einer Klientelpolitik, wenn er sich nicht an konkreten Betroffenenaktivitäten orientiert. Die Folge ist die ohnehin objektiv latent vorhandene Gefahr, sich in den Mühlen des Parlamentarismus aufzureiben.

Als Alternative möchte ich den Versuch, den wir im „wilden osten“ von Hamburgs Mitte gestartet haben nennen:

Die Giftmülldeponie in Kirchsteinbek soll mit Elbschlick aufgefüllt werden; dies ohnehin schon stark belastete Gebiet wird weitere ökologische Schäden zur Folge haben. In der örtlichen Initiative wird dagegen angegangen. Ebenfalls sind alle Parteien vor Ort gegen dieses Projekt. Durch Kontaktaufnahme mit der Ini haben unsere Genossen im Regionalausschuss einen Antrag eingebracht, der das Vorhaben (in letzter Konsequenz) stoppen soll. Zunächst geht es aber darum zu verhindern, dass für Probebohrungen 400 Bäume gefällt werden. Uns ist gelungen, erstmalig einen von den Linken initiierten Antrag als Interfraktionellen Beschluss durchzusetzen. Dies ist ein kleiner parlamentarischer Erfolg, da wir bisher von den anderen Parteien immer geschnitten wur-

den. Nun geht es darum – wieder in Absprache mit der Initiative - die nächsten Schritte zu beraten. Zwei Genossen arbeiten mittlerweile aktiv in der Ini, mit weiteren Genossen sind wir über das Stadtteilprojekt Sonnenland, was auch in der Ini arbeitet, verbunden. Einer der Genossen ist Mitglied der AG Umwelt und arbeitet in Wilhelmsburg in der Basisgruppe der Partei. Damit ist sowohl die Verbindung Basisgruppe Billstedt (wilder osten), Basisgruppe Wilhelmsburg, AG Umwelt – in der ein weiterer Aktiver aus Wilhelmsburg arbeitet – hergestellt. Die Wilhelmsburger wiederum arbeiten eng am Thema Hafenerweiterung mit und ein,

zwei GenossInnen wollen mit der Arbeitsgruppe Hafen der Partei zusammenarbeiten. Der Kontakt zur Presse in Billstedt besteht. Das Thema soll in die Bezirksversammlung und die Bürgerschaft getragen werden.

Die Möglichkeit einer Vernetzung ist so gegeben. Mit kleinen Schritten, aus denen man auch Erfolge erzielen kann, besteht die Möglichkeit sich mit anderen Gruppen, die an verwandten Themen arbeiten – alles dreht sich letztlich um den Hafen – zu verbinden....

Hamburg, den 11.10.08 Tilman Rosenau

Bezirksorganisation Mitte nicht kampagnenfähig

Die Kampagne für die „Eine Schule für Alle“ von Volksinitiative und Partei ist gelaufen. Es hat nicht geklappt mit den > 61 000 Unterschriften. Nur rd. 50.000 – was davon anerkannt wird, entscheidet demnächst wohl das Landeswahlamt – wurden am Freitag den 10.10. von den Ini-Verantwortlichen abgegeben. Innerparteilich wurde mit der Auswertung auf Landesebene am Dienstag danach durch den Kampagnen-Steuerungskreis des Landesvorstandes und weitere Mitglieder begonnen. Bei aller kritischen Würdigung der Aktivitäten der Partei- die ja eigentlich auch nur du und ich, aber halt solidarisch organisiert, ist – an ihr hat's m.E. nicht gelegen.

Was aber ist zu unserer Bezirksorganisation zu sagen? Wie fast alle Bezirke hatten wir schon mal keinen Koordinator seitens des Bezirksvorstandes benannt bekommen. Mathias Herm, „neu im Verein“ war wohl auserkoren, zumindest östlich St. Georgs das Heft in die Hand zu nehmen, aber war das sinnvoll ohne Hilfestellung? Und als dann Babette Haß aus dem Bezirksvorstand zumindest wohl inoffiziell – ihren Auftritt auf der letzten BMV konnte man so verstehen – noch retten wollte oder sollte, war schon nichts mehr zu retten. In Mitte ging es schon mal schwach los Ende August.

Zwar waren die St. Georger, wenn nicht überhaupt die Ersten, dann mit die erste Parteigliederung in Hamburg, die von der Ini beklebte Plakate an Straßen und Plätzen des Stadtteils und umzu stehen hatte. Damit hatte es sich dann aber längere Zeit auch, nur Wilhelmsburg schaffte noch das Aufstellen selber. Die Ini sorgte dann in der Innenstadt, Mümmelmansberg und auf St. Pauli noch für mehr als die Hälfte der insgesamt über 200 A0-Ständer im Bezirk. In großen Teilen des selbsternannten Wilden Ostens gab es somit kein einziges

Schild. Dort also, wo man sozio-demografisch eine Abstimmendenmehrheit für das Volksbegehren ausmachen konnte, wurde nicht mobilisiert durch Sichtwerbung! Gesammelt wurde wohl so gar mit Abklärung mit der Ini. Trotzdem: Zeit, darüber nachzudenken, wie wir die Strukturen im Bereich von Borgfelde bis Mümmelmansberg reorganisieren, scheint doch mit dem Abgang von Marcus als Fraktionsvorsitzendem und Tilman als deren Hauptamtlichen dort Tabula rasa gemacht zu sein. Es hängt eben doch (auch und ganz besonders) an Personen, ob's läuft oder nicht! Und im Westen sollte auch nachgedacht werden, ob der - zumindest angedachte - je eine Info-tisch pro Woche für eine Kampagne ausreichend ist.

Die Aktivitäten der Stadtteilgruppe St. Georg können sich sehen lassen. Mit acht Aktivitäten an fünf Orten in der Zeit vom 19.9 bis 9.10. so wie der Initiierung eines lokalen Unterstützungsaufrufs, der dann vom Mitarbeiter des MdBü Bischoff umgesetzt wurde! Uneigennützig stand man zumeist ohne erkennbare Kennzeichnung als Parteigliederung im Stadtteil und sammelte Unterschriften. Wenn es wohl auch nicht die von der Ini. durchschnittlich pro Person und Stunde errechneten 10 Unterschriften waren, so ist doch die eine oder andere volle Liste abgegeben worden im Curihaus. Acht Gruppenmitglieder, teils unterstützt von unorganisierten Mitsammlern, standen insgesamt über 24 Stunden auf Straßen und Plätzen des Stadtteils. Waren oft die „üblichen Verdächtigen“ und es gelang auch dort nicht, auf Gruppenebene inaktivere Genossinnen und Genossen mittels dieses Themas in Bewegung zu bringen. Der eine oder die andere wird, so meine Hoffnung, wohl der Aufforderung der Landesorganisation gefolgt sein und

hat im Verwandten-, Bekannten- und Kollegenkreis gesammelt für dies auch sozialpolitisch wichtige Thema „gleiche Bildungschancen für alle“.

Bis zum ersten Wahlkampf im nächsten Jahr ist's so weit nimmer! Es bleibt einiges aufzuarbeiten, vielleicht dies Mal wirklich und nicht nur vorgenommen, wie damals beim Bürger-

schaftswahlkampf, weil ja die Parteiarbeit auch als Lernfeld begriffen werden kann und in einer neuen Partei mit - laut letzter, gerade veröffentlichter Studie des DIW - vielen parteipolitisch unbeleckten Mitgliedern gar muss. Fragen über Fragen, ich bin gespannt...

V.H.

Gendarstellung zu Volkers Volksentscheidseinstellung

Die Unterschriftensammlung für die Initiative „Eine Schule für alle“ war nach dem Abspringen der GAL und der SPD eine große Herausforderung für alle Initiatoren. Unsere Partei setzte sich zum Ziel, diese Aktion wie einen Wahlkampf aufzuziehen. Dafür hatte die Bürgerschaftsfraktion der Partei extra einen hauptamtlichen Mitarbeiter eingestellt. Unser Bezirk Mitte konnte sich glücklich schätzen, dass aus ihren Reihen dieser Mitarbeiter auserkoren wurde.

Leider hat sich die Hoffnung für die Bezirksorganisation auf eine gute Zusammenarbeit und enge Kooperation nicht erfüllt. Zunächst waren wir doch sehr überrascht, dass auf der vom Bezirksvorstand initiierten Veranstaltung mit Karin Haas zur Vorstellung der Initiative der zuständige Genosse Volker Honold schon direkt nach ihrem Referat wortlos ging.

Volker als bezahlter Organisationsverantwortlicher hat, ohne sich inhaltlich zu beteiligen, geschweige denn etwas über seine Aufgaben zu erwähnen, die Veranstaltung verlassen. Bis heute hat sich uns nicht erschlossen, welches eigentlich seine Aufgabenfelder sein sollten.

Nach dem Erhalt seines Beitrags für diese Ausgabe erscheint uns das einzige Ziel zu sein, die Bezirksorganisation auseinander zu dividieren und von seinen eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken.

Als wir für den hamburger Osten plakatieren wollten, mussten wir feststellen, dass es weder

Anmerkung: Ich war ja in den drei heißen Kampagnenwochen nicht in Hamburg. Dennoch habe ich zumindest einen Eindruck, nämlich den, dass die Partei sich in dieser Kampagne als verlässlicher Bündnispartner für die InitiatorInnen der Kampagne erwiesen hat. Und das ist nicht gering zu schätzen. Dass wir verlieren konnten, haben wir vorher gewusst. Insofern finde ich es schade, dass es nun zu dieser Form von gegenseitiger Aufrechnung

einen Stellschilderplan noch einen Zugang zum entsprechenden Lager gab. Der Koordinator der Partei ist in solchen Fällen praktisch nicht zu erreichen. Einen Stellvertreter gab es nicht; ein wahlkampfähnlicher Koordinierungsplan – Fehlanzeige!

Uns, der Bezirksorganisation (ausgenommen natürlich St. Georg), einen Strick daraus zu drehen ist unsolidarisch und denunziativ, eines Kadern der Partei unwürdig.

Ein Großteil der Genossen war mehrfach auf der Strasse von St. Pauli bis Mümmelmannsberg und von Wilhelmsburg bis St. Georg. Diese Arbeit zu würdigen scheint dem Hauptamtlichen entgangen zu sein. Die polemischen Angriffe auf eine Stadtteilgruppe sind genauso unsolidarisch wie unsere Huldigung an die St. Georger Avantgarde, vor der wir in Demut und Würdigung verblissen.

Was Volkers Analyse des möglichen Rekrutierungspotentials anbelangt, ist diese spekulativ und kaum empirisch nachweisbar.

Nachweisbar ist allerdings Volker Honolds Auftreten bei unserem zweiten Bezirksmitgliedertreffen. Wenn die Anwesenden dieses Mal auf einen klugen Kommentar von ihm hofften, wurden sie, wie beim ersten Treffen, wieder einmal enttäuscht.

Enttäuscht sind wir auch über seinen Artikel in dieser Ausgabe!!!

Marcus Donath, Babette Haß, Tilman Rosenau

von Aktivitäten und letztlich Schuldzuweisungen kommt. Wir sind weder so viele noch so stark, dass wir es uns gönnen sollten, uns gegenseitig klein und platt zumachen. Dafür ist die Sache „gleiche Bildung für alle“ zu wichtig. Meine Bitte an die Diskutanten: Redet miteinander und versucht, wirklich Lehren zu ziehen und es beim nächsten Mal (noch) besser zu machen.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit wollen wir den in unserer letzten Ausgabe schon angekündigten Beschluss vorstellen – Antragstellerin Beate Rau, mit einstimmiger Unterstützung der BO „wilder osten“ - der auf unserem letzten Mitgliedertreffen von Beate vorgestellt, in der Gruppe diskutiert, inhaltlich präzisiert und in der nun vorliegenden Fassung angenommen wurde. Der Bezirksvorstand wird diesen Antrag bei der Antragskommission des Landesparteitages einreichen:

Antrag an den Landesparteitag: Tafeln (Armenspeisung)

Antragstellerin: Bezirk Hamburg-Mitte

Die Mitgliederversammlung des Bezirks Mitte hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 24.09.2008 bei einer Enthaltung folgendes beschlossen:

- 1) Die LINKE in Hamburg Mitte wird weder eigene Tafeln einrichten noch sich daran beteiligen.
- 2) DIE LINKE Hamburg, Bezirk Mitte, fordert den Landesverband Hamburg auf, sich eindeutig zum Problem der Tafeln zu äußern und dazu wie folgt Stellung zu beziehen:

Hamburg den, 09. 09. 08
Ein Beitrag von Erich Heeder
Stadtteilkünstler, Objekte, Autor, Dichter,
Performance und HINZ&KUNZT-Verkäufer
Oststeinbeker Weg 14
22117 Hamburg

Tel. & Fax : 040 / 713 60 46

Statement zum Mittenmang September 09

In dieser Mittenmangausgabe wird ein Thema angesprochen, nämlich Kommunikationsprobleme, das ich auch kenne!! Denn ich habe schon oft darauf hingewiesen, dass im Zeitalter der Computer nicht alles da ankommt, wo es eigentlich hingehört!!

Auch der Mittenmang transportiert nicht alles, was für jeden interessant sein könnte!! Denn diejenigen, die Kommunikation betreiben, sind manchmal Kommunikationsblind!! Denn sie sind manchmal der Meinung, dass sie alles dafür getan haben, damit auch jeder das erhält, was er gerade kommuniziert!! Dies ist aber leider nicht so, und dies muss bemängelt werden!! Wenn ich über die Kulturpolitik, oder Sozialpolitik von „DIE LINKE“ keine einzige Info erhalte, ob wohl ich alles dafür getan

DIE LINKE Hamburg als emanzipatorische Partei kann und will, trotz der immer öfter an sie heran getragenen Forderung Betroffener, politisch nicht dafür eintreten, dass es im Hamburg mehr so genannte „Tafeln“ (früher: Armenspeisung*) geben soll. Wegen der Notlage vieler Menschen in unserer Stadt ist uns zwar klar, dass die „Tafeln“ derzeit manche Not lindern. Aber Aufgabe unserer Politik kann es nur sein, die „Tafeln“ überflüssig zu machen, indem wir für rechts- und sozialstaatliche Errungenschaften und emanzipatorische Verhältnisse kämpfen, die ein menschenwürdiges Leben vor Barmherzigkeit und Mildtätigkeit setzen.

Die Partei schätzt ehrenamtliches Engagement nicht gering, stellt aber fest:

„Caritas“ darf nicht zu einem politischen Prinzip gemacht werden. Dies würde politisch in der Konsequenz bedeuten, den Grund- und Menschenrechtsanspruch auf ausreichende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung aufzugeben.

** nicht gemeint sind selbstorganisierte, genossenschaftliche, emanzipatorische Projekte, wie die sog. Volksküchen (VoKü)*

Hamburg, 25.09.2008

habe, dann ist das ein Kommunikationsfehler hohen Grades!! Wie sollen sich Menschen politisch einsetzen, wenn sie aus der Partei keine Infos erhalten?? Mich würde es freuen, wenn ich wüsste, was die Partei im Senat, oder welche wichtigen Ausschussgremien sich wann und wo treffen, denn die sind ja alle öffentlich!! Wenn dieses sture Schweigen nicht bald auf hört, muss Mann/Frau daraus Schlussfolgerungen ziehen!!

**In diesem Sinne wünsche ich allen Mut, zu unbequemen Dingen und Themen,
ein Parteimitglied, wie all die Anderen,**

Erich Heeder

Anmerkung der Redaktion: Erich hat recht. Es ist wirklich schwierig für Genossinnen, die nicht am Netz hängen, die vielfältigen Aktivitäten der Partei wahrzunehmen, geschweige denn sich zu beteiligen. Wir werden darüber nachdenken, wie wir möglichst viele Kontakinfos auch über das Mittenmang transportieren können. Dazu vielleicht schon beim nächsten Mal mehr.

Bernhard

Corinna Meyer-Suter

Kastanienallee 18 Tel.: 0331 / 7453174
14471 Potsdam mobil: 01577 / 4978708

Liebe GenossInnen,
vielleicht kann mir jemand bei der Wohnungssuche behilflich sein?

Ich kann die ersten Tage im **Dezember** bei Freunden in Henstedt-Ulzburg unterkommen, bräuchte dann entweder zunächst ein **Gästezimmer** in Hamburg **oder** gleich eine **Wohnung**. Meine Wünsche habe ich unten aufgeführt. Natürlich suche ich auch online und über Genossenschaften.

Wohnungswunsch:

2-3 Zimmer-Wohnung, 55-70 m²
Kein Erdgeschoss, sonst egal

Ausstattung:

Zentralheizung, Isolierverglasung, Badewanne

Lage:

Möglichst in der Nähe von einem U- oder S-Bahnhof,
ruhig gelegen, Wasser und/oder Park o.ä. in der Nähe, Stadtteil relativ egal.

Über eure Ideen würde ich mich freuen unter:
Corinna.Meyer-Suter@versanet.de
Vielen Dank
Corinna

DIE LINKE läuft mit, denn

Man weiß nur, was man sieht!

Seit gut einem halben Jahr ist DIE LINKE in der hamburger Bürgerschaft wie auch in allen sieben Bezirksversammlungen vertreten. Die ersten Monate bedeuteten für viele parlamentarische NeueinsteigerInnen, sich binnen kürzester Zeit mit allerlei Verordnungen und Ausschüssen, aber auch mit ungewohnten Fragestellungen und überraschenden Detailfragen auseinanderzusetzen.

Angetreten ist DIE LINKE, nicht nur einen politischen Richtungswechsel im Großen zu erstreiten, sondern sich auch den vielen kleinen und alltäglichen Sorgen der Menschen zu widmen.

Und die spielen sich meist vor Ort ab, also in den mittlerweile 105 Hamburger Stadtteilen. Wie hoch ist die Miete? Wie funktioniert die Nachbarschaft verschiedener Kulturen? Gibt es noch genügend Einkaufsmöglichkeiten? Wohin entwickelt sich das Quartier?

Diese und viele weitere Aspekte stehen im Mittelpunkt einer Reihe von Stadtteil-Rundgängen, die die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN in diesem Herbst 2008 anbietet. Gewonnen werden konnten dafür ausgewiesene StadtteilexpertInnen und erfahrene RundgangsleiterInnen, die zwar nicht der LINKEN angehören, aber höchst interessante, problemorientierte Blicke hinter die Kulissen eröffnen, es uns also ermöglichen, eben auch ans Eingemachte zu gehen!

Das Rundgangsangebot richtet sich an alle Interessierten, die ihr eigenes Viertel oder auch andere Quartiere besser kennen lernen wollen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Die Stadtteil-Rundgänge sollen im Frühjahr 2009 fortgesetzt werden.

Restprogramm Mitte für den Herbst

FREITAG, 24.10.2008, 17:00 UHR

Umstürzende Häuser

Eventflächen und Containerkloppen – zu Fuß & mit dem ÖPNV durch Wilhelmsburg Nord/West

Jörg v. Prondzinski, begleitet von Joachim Bischoff (MdHB)

Treffpunkt: Haltestelle Stübenplatz der Metrobuslinie 13
(fährt ab S-Bahn Veddel)

FREITAG, 31.10.2008, 16:30 UHR

Bille-Idylle mit Hindernissen

Umwegreiche Erkundungen in Hamm zwischen Wasser- und Ausfallstraßen

Ingo Böttcher, begleitet von Norbert Hackbusch (MdHB)

Treffpunkt: Borgfelder Straße 83 (Abgeordnetenbüro)

FREITAG, 7.11.2008, 16:30 UHR

»Perlenkette« um die Alster?

St. Georg noch immer und immer wieder im Visier von Stadtplanung und Spekulation
Michael Joho, begleitet von Christiane Schneider (MdHB)

Treffpunkt: Spadenteich (vor »Max & Consorten«)

DIENSTAG, 18.11.2008, 18:00 UHR

Von Kokain zu Koffein

Was in der Szene geht und wem das Schanzenviertel inzwischen gehört

Andreas Blechschmidt,
begleitet von Kersten Artus (MdHB)

Treffpunkt: S-Bahn Sternschanze (Eingang)

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 22.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Wilhelmsburg**
Büro, Georg-Wilhelm-Str. 7 a

Donnerstag, 23.10., 17:30 Uhr

Fraktionssitzung

Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Sonntag, 26.10., tagsüber

Offizielle **Eröffnung unseres Büros** in
Wilhelmsburg, Georg-Wilhelm-Str. 7 a

Donnerstag, 30.10., ab 17:30 Uhr

Sitzung der **Bezirksversammlung** Mitte
(öffentlich, am Anfang aktuelle halbe Stunde!)
Klosterwall 4 (Block B), 20095 HH

Freitag, 31.10., 16:00 Uhr

Offenes **Vorstandstreffen**
Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Freitag, 31.10., 18:00 Uhr

Treffen der **BO ‚wilder osten‘** (Billstedt + Co.)
„Für’n Appel und’n Ei“, Möllner Landstraße 27

Mittwoch, 05.11., 19:00 Uhr

Bezirksmitgliedertreffen (s.S.1)

Mittwoch, 05.11., 18:30 Uhr

KPF Clara Zetkin:

40 Jahre Frieden in Europa - Bedeutung der
Nachrichtendienste von CIA bis KGB und der
Kundschafter des Friedens
mit: *Dieter Popp*, Ex-Mitarbeiter des MfS der DDR,
eingesetzt im Verteidigungsministerium der BRD
MTZ, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

Dienstag den 11.11., 19:00 Uhr

Kulturratschlag mit dem Schwerpunktthema
STADTTEILKULTUR

BüFraktion Die LINKE und LAG-Kultur
eingeladen sind alle kulturell Interessierten

Infos: Siri.Keil@linksfraktion-hamburg.de
Rathaus, Raum 164

Mittwoch, 12.11., 18:00 Uhr

Delegiertentreffen zur Vorbereitung des Lan-
desparteitags, parteiöffentlich (s. auch S. 1)
Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Freitag, 14.11., 18:00 Uhr

Aktionstreffen zu **Hartz IV**
(siehe S. 2)

Fraktionsbüro, Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 19.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**

Geschäftsstelle Kreuzweg 7
(jeweils 1. und 3. Mittwoch im Monat)

Mittwoch, 19.11., 19:30

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**,
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

(jeweils dritter Mittwoch im Monat)

Samstag/Sonntag, 29./30.11.

Landesparteitag

Der Leitantrag (12 Seiten) kann in der Ge-
schäftsstelle am Kreuzweg 7 abgeholt bzw.
von dort zugesandt werden.

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite
der Partei: www.die-linke-hh.de

Kontakt:

Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte:

Bezirksvorstand:

	Festnetz	Handy	Mail
Verena Brachvogel	040 4397701		Verena.Brachvogel@gmx.de
Uwe (Carlo) Carstens	040 28542045		carlo@hamburglive.com
Babette Haß	040 500 900 67		babette.h@gmx.net
Tilman Rosenau (Mittenmang)	040 7134921		Tilman.Rosenau@tele2.de
Renate Twardzik	040 24 38 08		R.Twardzik@web.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 7545585		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40		stietz-leipnitz@t-online.de
Landesgeschäftsstelle Martin Wittmaack	040 3 89 21 64		geschaeftsstelle@die-linke-hh.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08		geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Übrigens: Christine nimmt immer noch gerne Spenden entgegen! Unser Konto:

DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20

Am 09. Juli 2008 hat die Bezirksmitgliederversammlung mit 19 Ja-Stimmen und ohne Gegenstimme, bei 6 Enthaltungen folgende Rahmengeschäftsordnung für den Bezirksverband DIE LINKE. Hamburg-Mitte beschlossen:

Rahmengeschäftsordnung*

der Bezirksverbandes Hamburg -Mitte der Partei DIE LINKE.

1. Die Versammlung fasst Beschlüsse zu **Tagesordnung** (TO) und Zeitplan.
2. **Stimmberechtigt** sind die Mitglieder des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. in Hamburg - Mitte.
Gastmitglieder können das Rede-, Antrags- und Stimmrecht lt. Bundessatzung durch Beschluss der Versammlung erhalten.
3. Die von der BMV gewählte **Tagungsleitung** hat die Aufgabe, die Versammlung auf der Grundlage der beschlossenen TO demokratisch zu leiten.
Dazu kann sie:
 - Jederzeit zu Verfahrensfragen das Wort ergreifen,
 - bei Überschreitung der Redezeit das Wort entziehen,
 - Redner/innen, die vom Thema abweichen, zur Sache rufen,
 - alle Abstimmungshandlungen leiten,
 - alle Anträge an die Versammlung entgegennehmen, sofern keine Antragskommission gewählt wird, und deren Bearbeitung sichern,
 - außer der Reihe Rednerinnen und Rednern zur sachlichen Erwiderung und zur Geschäftsordnung (GO) das Wort erteilen.
 - Jederzeit zu Verfahrensfragen, zur Richtigstellung und Förderung der Aussprache das Wort ergreifen.
 - Die Versammlung zum Zwecke der Verständigung unterbrechen.
4. Für die **Mandatsprüfungskommission** werden zwei Mitglieder in offener Abstimmung benannt. Die Mandatsprüfungskommission prüft die Stimmberechtigung der Teilnehmer/innen und veranlasst ggf. den Beschluss über die Stimmberechtigung von Gastmitgliedern.
5. **Wortmeldungen** zur Diskussion sind per Handzeichen oder mittels schriftlicher Wortmeldung ab Aufruf des jeweiligen Tagesordnungspunktes bei der Tagungsleitung anzuzeigen. Diese erteilt das Wort unter Berücksichtigung der Quotierung in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Wortmeldungen zur Diskussion sind per Handzeichen ab Aufruf des jeweiligen TO-Punktes bei der Tagungsleitung anzuzeigen. Die **Redezeit** beträgt grundsätzlich drei Minuten.
6. Jedes Mitglied bzw. jede/r stimmberechtigte Teilnehmer/in kann **Anträge** an die MV stellen.
Anträge sollen 48 Stunden vor der Versammlung beim Vorstand eingegangen sein. Zu jedem Antrag kann eine Debatte aufgenommen werden.
Anträge sind i.d.R. schriftlich vorzulegen, die mündliche Begründung ist auf drei Minuten zu begrenzen.
Liegen zu einem Thema mehrere Anträge vor, wird der weitestgehende zuerst zur Abstimmung gestellt.

7. **Initiativanträge** zu einem Thema können bis zum Ende des jeweiligen TOP gestellt werden. Alle auf der Versammlung gestellten Anträge bedürfen der Unterschrift von mind. einem Zehntel der Anwesenden. Bei Anträgen, die außerhalb der Frist von 48 Stunden gestellt werden, wird mit einfacher Mehrheit in offener Abstimmung darüber entschieden, ob sie als Initiativ- oder Dringlichkeitsantrag befasst werden.
8. **Änderungsanträge** werden vor dem eigentlichen Antrag abgestimmt. Für jeden Änderungsantrag kann es eine Begründung, eine Gegenrede und eine Fürrede geben. Eine Abstimmung über einen Änderungsantrag entfällt, wenn der /die Einreicher/in des Antrags der Änderung zustimmt.
9. **Anträge zur GO** können nur von stimmberechtigten Teilnehmer/innen der Versammlung gestellt werden. Sie werden außerhalb der Redeliste sofort behandelt. Die Redezeit beträgt zwei Minute. Der Antrag auf Schluss der Debatte oder Rednerliste kann jederzeit gestellt werden. Vor der Abstimmung erhält je ein/e Teilnehmer/in der Versammlung für bzw. gegen den Antrag das Wort.
10. Bei allen **Abstimmungen** entscheidet die einfache Mehrheit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung des zur Abstimmung gestellten Verhandlungspunktes. Stimmenenthaltungen werden nicht gezählt. Die Veränderungen der GO, der TO und des Zeitplans bedürfen der zweidrittel Mehrheit. Alle Abstimmungen erfolgen offen, es sei denn, dass gegen eine solche Verfahrensweise zu einzelnen Punkten jeweils Einspruch erhoben wird.
11. **Persönliche Erklärungen** können (nur von stimmberechtigten Teilnehmer/innen bei max. drei Minuten Redezeit) am Ende eines TOP vor der Abstimmung angegeben werden.
12. Bei **Versammlungen zur Aufstellung** von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für **öffentliche Wahlen** gelten darüber hinaus bzw. abweichend folgende Regelungen:

Stimmberechtigt sind Mitglieder der Partei DIE LINKE., die im Wahlgebiet ihren Wohnsitz haben, und für die die auf der Einladung angegebenen Formulierungen aus dem jeweils gültigen Wahlgesetz zutreffen.

Gäste, die für einen Platz auf der Wahlliste kandidieren, haben Rederecht. Anderen Gästen kann das Rederecht erteilt werden.

Die *Redezeit* für die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten beträgt fünf Minuten, die Redezeit für Fragen an dieselben beträgt eine Minute. Die Redezeit zu deren Beantwortung beträgt bis zu drei Minuten.

**Die GO wird als Rahmengesäftsordnung von einer ordentlichen BZ-Versammlung beschlossen und kann dann als GO für eine einzelne und/oder Folgeversammlungen übernommen werden.*

Änderungen bzw. Abweichungen der GO sollten nur mit 2/3-Mehrheit erfolgen ausgenommen TO und Zeitplan.